

SYSTEMRELEVANT 6

In Folge sechs unseres Podcasts analysieren Sebastian Dullien und Johanna Wenckebach vom Hugo-Sinzheimer-Institut (HSI) die Situation der Familien in der Corona-Krise.

Marco Herack:

Heute ist Mittwoch, der 29. April 2020. Willkommen zur sechsten Ausgabe von Systemrelevant. Johanna Wenckebach, ich grüße dich.

Johanna Wenckebach:

Hallo, ich grüße dich.

Marco Herack:

Und ebenfalls herzlich willkommen, Sebastian Dullien.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Ja, mein Name ist Marco Herack. Und wir wollen uns heute über Kinder unterhalten. Oder besser gesagt darüber, wie man Eltern mit Kindern in Zeiten von Corona helfen kann, sollte, und welche Bedürfnisse bestehen. Aber vorweg, Johanna, du bist die Chefin des Hugo Sinzheimer Instituts. In kurz HIS. Einem Institut, das in der Hans-Böckler-Stiftung angesiedelt ist. Was macht denn das HSI?

Johanna Wenckebach:

Das HSI ist ein Institut für Arbeits- und Sozialrecht. Das hat heute übrigens sein zehnjähriges Jubiläum. Es wurde genau vor zehn Jahren gegründet mit dem Anliegen, die Forschung des Arbeits- und Sozialrechts auf die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu richten. Wir veröffentlichen in unserer Schriftenreihe viele spannende Gutachten zu ganz aktuellen arbeitsrechtlichen Fragen. Schreiben selber und haben vor allen Dingen auch das Anliegen, die Praxis des Arbeitsrechts, also Gewerkschafterinnen, Arbeitsrechtsanwältinnen, Sozialrechtlerinnen zusammenzubringen mit der Wissenschaft.

Marco Herack:

Ist natürlich ein schöner Zufall. Herzlichen Glückwunsch zum zehnjährigen Bestehen.

Johanna Wenckebach:

Danke.

Marco Herack:

Wie erwähnt, wollen wir uns heute mit Eltern und Kindern beschäftigen. Ich selbst hab ja keine Kinder. Und ich stell mir dann so seit ein paar Wochen vor, dass das für Eltern eine sehr schöne Zeit sein muss, da sie ja jetzt sehr viel Zeit mit ihren lieben Kleinen daheim verbringen können. Traute Stunden. Und alle sind glücklich.

Also theoretisch alles sehr schön. Oder irre ich mich da? Und es gibt so Aspekte an der aktuellen Lage, die nicht so ganz schön sind, Johanna?

Johanna Wenckebach:

Ja, es wäre natürlich sehr schön, wenn man nicht auch einer Erwerbsarbeit nachgehen müsste, die die Situation doch ganz schön zu einem Spagat macht, der, da werden ja jetzt wirklich einige Stimmen sehr laut, wirklich an die Grenze des Erträglichen geht. Weil es eben nicht zu leisten ist, gleichzeitig ausgefallene schulische Bildung zu Hause zu leisten, womöglich auch noch für mehrere Kinder, sich um insbesondere auch kleinere Kinder zu kümmern, ganz besonders für die Menschen, die das auch alleine tun als Alleinerziehende. Und eben gleichzeitig einer Erwerbsarbeit nachzugehen, selbst, wenn die zu Hause stattfindet.

Marco Herack:

Also das ist eher eine Stresssituation, in der erwerbstätige Eltern sich momentan befinden?

Johanna Wenckebach:

Ja, es ist grade heute noch mal veröffentlicht worden aus dem Datensatz unserer Hans-Böckler-Stiftung, das WSI hat ja eine erste Runde der Erhebung gemacht zur Situation der Beschäftigten in der Krise. Und da ist sehr deutlich geworden, wie stark die Belastungssituation jetzt in der Krise von Eltern ist. Und das wird als wesentlich größere Belastung wahrgenommen als beispielsweise von Kinderlosen. Da geht es aber nicht nur um die Belastungssituation im Sinne von physischer und psychischer Gesundheit, sondern es geht tatsächlich auch um wirtschaftliche Folgen. Da ist die Sorge von Menschen, die Kinder haben, wesentlich größer und hier droht eine große Ungleichheit, was auch damit zu tun hat, dass bei den finanziellen Vorsorgemaßnahmen, die jetzt als Rettungsschirm in der Krise ja sehr groß gespannt worden ist, dass da die Eltern nicht ausreichend mitbedacht worden sind.

Marco Herack:

Ja, Sebastian, es gibt doch so eine Art Elternkurzarbeitergeld, oder? Also wir haben ja schon mal über Kurzarbeitergeld gesprochen hier im Podcast. Das wäre ja potenziell so ein Instrument, mit dem man sagen könnte, da kann man Eltern, ja, zumindest mal Luft zum Atmen geben, wenn ihnen die Zeit fehlt, sich um Kind und Arbeit gleichzeitig zu kümmern.

Sebastian Dullien:

Na ja, es gibt eine Entschädigung, die ist eine Zeit lang Elternkurzarbeitergeld genannt worden. Die läuft ein bisschen anders. Die läuft übers Infektionsschutzgesetz. Und in diesem Infektionsschutzgesetz, und Johanna als Juristin kann mich gleich korrigieren, wenn ich jetzt irgendwelchen Unsinn hier erzähle, da wird man normalerweise entschädigt, wenn man wegen Quarantäne zu Hause bleiben muss. Also wenn ich Kontakt mit einem Corona-Patienten hatte und jetzt wird mir angewiesen,

ich soll zu Hause bleiben, dann kann ich über dieses Gesetz meinen Arbeitsausfall entschädigt bekommen. Übrigens kann man das auch als Selbstständiger. Also selbst, wenn ich selbstständiger Musiklehrer jetzt war, und dann zu Hause bleiben muss, werde ich da auch entschädigt. Ist eigentlich ein bisschen unfair, weil die Musikschullehrer, wo einfach die Schule zugemacht worden ist, und die jetzt keine Aufträge mehr kriegen, die kriegen keine Entschädigung. Aber die, die in Quarantäne sind, weil sie einen Corona-Patienten getroffen hatten, die kriegen Entschädigung. Aber das nur so nebenbei. Und in dieses Gesetz, da hat man jetzt auch was eingefügt, was sagt, wenn man zu Hause bleiben muss, weil die Kita geschlossen ist wegen Corona und wenn man deshalb der Erwerbstätigkeit nicht nachgehen kann, wird man eben auch analog entschädigt. Da gibt's aber, ich glaub, da kann Johanna gleich ein bisschen mehr zu erzählen, da gibt's eine ganze Reihe von Problemen mit. Das erste große Problem ist natürlich, dass man auch nur zum Teil entschädigt wird. Also das heißt, man kriegt nicht das volle Einkommen. Auch beim Kurzarbeitergeld kriegt man ja nur 60 oder 67 Prozent. Und gerade für Eltern, die jetzt keine großen Einkommen haben, ist das echt ein Problem. Also wenn man sich überlegt, was ein Verkäufer bei Karstadt verdient oder ein Kellner, und wenn die jetzt zu Hause bleiben müssen, weil keine Kinderbetreuung da ist, da fehlen 30, 40 Prozent des Einkommens. Und das ist wirklich hart. Insbesondere, weil wir ja wissen, dass es gerade sehr weit verbreitete Kinderarmut gibt und insbesondere bei alleinerziehenden Eltern.

Marco Herack:

Johanna, was gibt's denn da noch für Probleme?

Johanna Wenckebach:

Ein ganz wesentliches Problem ist die Länge der Bezugsdauer. Denn, wenn man zurückschaut, das war ein ganz wichtiger erster Schritt, dass dieser Entschädigungsanspruch ins Infektionsschutzgesetz aufgenommen wurde, als der Lockdown begonnen hat. Nun ist aber dieser Anspruch auf, Sebastian hat das gesagt, 67 Prozent, das ist oben gedeckelt bei 2.016 Euro. Also tatsächlich etwas höher als die Deckelung des Elterngeldes, wenn man das vergleicht. Liegt mit 67 Prozent aber gleichauf mit dem, was für Kurzarbeit gezahlt wird. Weil es bei Kurzarbeitergeld ja die Möglichkeit gibt, tarifvertraglich aufzustocken. Da dürfte diese Regelung für die Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz nicht von den Aufstockungsmöglichkeiten erfasst sein. Zudem ist ja auch das Kurzarbeitergeld jetzt im zweiten Schritt bereits erhöht worden perspektivisch. Was auch eine ganz wichtige Regelung ist, vor dem Hintergrund dessen, was Sebastian gerade gesagt hat, aber auch das greift eben für diesen Entschädigungsanspruch für Eltern, die keine Betreuungsmöglichkeit haben, nicht. Und ein ganz wesentliches Problem ist, dieser Anspruch gilt für maximal sechs Wochen. Und diejenigen, die das schon zu Beginn des Lockdowns in Anspruch genommen haben, sind dann jetzt bald am Ende der möglichen Höchstzeit. Und das heißt, hier ist ganz dringender Bedarf, da noch mal nachzulegen, so wie auch in anderen Bereichen nachgelegt wurde. Und ich denke,

ein sehr großer Aufschrei ist auch deswegen erfolgt, als dann nach Ostern darüber nachgedacht wurde, wie geht es denn jetzt weiter. Dass offenbar niemand so richtig an die Belange von Eltern und auch von Kindern gedacht hat. Der DGB hat zu Recht auch noch darauf hingewiesen, auch die pflegenden Angehörigen haben Sorgearbeit zu leisten, für die eine Lösung gefunden werden muss. Und es war schon sehr erschreckend, dass dann mal eben bekannt gegeben wurde, die Schulen und die Kindertagesstätten bleiben weiterhin geschlossen. Ohne dass darüber nachgedacht wurde, was bedeutet das für die Eltern, die in der Verantwortung sind, sich um die Kinder zu kümmern. Und ich denke, es ist keine Überraschung, aber es ist schon schön, dass jetzt anlässlich dieser Debatte auch darüber noch mal geredet wird. Diejenigen, die in den Familien im Wesentlichen die Verantwortung für diese Art unbezahlter Sorgearbeit tragen, sind die Fragen. Da gibt es Daten da drüber. Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat das schon 2017 deutlich gemacht. Jetzt gerade ganz aktuelle Studien, die für den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zusammengestellt worden sind, gerade erst vor wenigen Tagen, sagen 66 Prozent, also ein Drittel der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit in Paarhaushalten, wird von Frauen geleistet. Und damit kann man, denk ich, schon sagen, dass es hier vor allen Dingen auch darum geht, wie die Frauen wirtschaftlich durch die Krise kommen.

Marco Herack:

Um das vielleicht mal so ganz klar formuliert zu haben, also wir haben einen Zustand in diesem Land, in dem die Politik jedem hilft, alles Mögliche zu tun. Aber so richtig an die Familien, die ja dann auch arbeiten und sozusagen Arbeitskraft zur Verfügung stellen, an die hat irgendwie keiner gedacht? Ist das wirklich so?

Johanna Wenkebach:

Ja. Den Eindruck hat tatsächlich zum einen das Papier, das ja die Kanzlerin als für sie wegweisend benannt hat, also das, was die Leopoldina ausgearbeitet hat, nun ist auch darüber gestritten worden, dass in diesem Gremium 2 Frauen und 24 Männer gesessen haben. Wir wollen jetzt hier den Streit darüber nicht führen, ob das auch ein Teil des Problems ist. Meine persönliche Meinung ist, zusammen mit einigen Soziologinnen, dass das tatsächlich auch der Fall ist. Da wird jetzt nachgesteuert. Also es wird tatsächlich ja jetzt gerade darüber diskutiert, dass die Kitas schrittweise öffnen müssen. In Berlin beispielsweise sind auch bereits die Notbetreuungsmöglichkeiten, also die Frage, wer als systemrelevant gilt und deswegen diese Notbetreuung in Anspruch nehmen kann, sehr ausgeweitet worden. Sie sind, was ich sehr wichtig finde, auch für Alleinerziehende geöffnet worden. Jetzt zu dem Zeitpunkt, wo eben auch die Wirtschaft wieder hochfährt nach den ersten Lockerungen. Und das ist aber alles leider erst sehr spät angefangen worden. Auch die Fragen, die sich die Virologen jetzt stellen, also die Untersuchungen, wie gefährlich ist es denn, Kitas und Schulen zu öffnen, was wären denn die richtigen Pläne, um das so durchzuführen, dass natürlich auch die Beschäftigten in den Schulen und in den Kitas nicht extremen Gesundheitsrisiken ausgesetzt werden. Und dass aber auch

die Kinder die Viren nicht wieder stärker in der Gesellschaft verbreiten. All das hätte im Grunde genommen schon begonnen werden müssen, als der Lockdown kam. Und erst jetzt beginnt man, sich diese Gedanken zu machen. Und was man auch ganz klar sagen muss, es wird jetzt zwar diskutiert, aber die Bundesregierung hat noch nichts vorgelegt, wie sich insbesondere diese finanzielle Situation jetzt vorstellt, wie sie da nachbessern in einer nächsten Runde. Die Grünen haben einen Antrag gestellt für ein Corona-Elterngeld. Das ist auch sehr stark jetzt in der Debatte. Der DGB hat Familiensoforthilfen gefordert. Ich denke, es ist gar nicht so wichtig, wie man das jetzt nennt. Entscheidend ist das, was geregelt werden muss. Und das hat eben neben dem, was Sebastian und ich schon gesagt haben, also zum einen die Frage, die Entschädigungshöhe von 67 Prozent, es geht nicht, dass Familien und Sorgearbeit hier anders gestellt wird, als das Kurzarbeitergeld behandelt wird. Es geht um die Bezugsdauer. Es geht aber arbeitsrechtlich auch da drum, dass wir einen klaren Freistellungsanspruch brauchen. Das fehlt nämlich bisher. Also erst einmal das Recht, dem Arbeitgeber gegenüber zu sagen, meine Kinder sind nicht betreut und ich kann meiner Arbeit nicht nachgehen. Ich brauche eine Freistellung. Und es muss auch möglich sein, das nur teilweise zu beantragen. Das fehlt im Infektionsschutzgesetz bisher. Und leider, und das ist auch ein interessanter Aspekt der Debatte, gibt das Arbeitsrecht einen solchen Anspruch auch ansonsten nicht her. Das ist durchaus auch ein Thema, was nach der Krise relevant bleiben wird.

Sebastian Dullien:

Ich finde die Debatte ein bisschen misslich, wie sie gelaufen ist. Man hatte tatsächlich den Eindruck mit diesem Gutachten oder mit dem Positionspapier der Leopoldina, das haben wir hier auch schon mal kritisiert für die wirtschaftspolitischen Aspekte, man hatte schon den Eindruck, dass Kinderbetreuung vergessen worden ist. Da stand irgendwie so ein lapidarer Satz drin, Kitas bleiben geschlossen bis zu den Sommerferien oder sollen geschlossen bleiben. Das waren dann auch im Grunde ja die Entscheidungen der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten. Jetzt ist es so, dass das ja echt eine schwierige Frage ist, weil man da verschiedene Dinge abwägen muss. Auf der einen Seite hat man das, was Johanna gesagt hat, dieses Problem der Kinderbetreuung. Auf der anderen Seite ist es ja so, dass man in den Kitas nicht sinnvoll Kontaktbeschränkungen einführen kann. Also klar, man kann die Gruppengrößen verkleinern. Nur dann habe ich einfach auch nicht Betreuung für alle. Das kann man ziemlich einfach ausrechnen, wenn man eine typische Kita-Gruppe hat, mit vielleicht 15 Kindern und zwei Betreuerinnen oder Betreuern, und jetzt sag ich, Gruppengröße ist nur noch maximal 5, dann kann ich nur noch ein Drittel der Kinder da haben. Das geht jetzt sogar davon aus, dass alle Kita-Erzieherinnen und -erzieher arbeiten können. Denn da gibt's ja auch Risikogruppen drunter. Hier muss man, glaub ich, auch echt noch mal drüber nachdenken, wenn man fordert, die Kitas wieder zu öffnen, was ich familienpolitisch total richtig finde, muss man sich aber auch klarmachen, dass man damit die Gesundheit von manchen

Menschen aufs Spiel setzt. Und das ist manchmal immer so als Gender-Frage diskutiert worden. Aber es ist auch eine soziale Frage. Denn die, übrigens auch überwiegend Frauen, die in den Kitas arbeiten, die sind oft schlecht bezahlt, haben oft keine vollen Verträge. Sind auch bei irgendwelchen Trägern, die sich manchmal nicht wirklich nett zu ihren Beschäftigten verhalten. Und da hatte ich manchmal in der Debatte auch das Gefühl, also in der Debatte, die danach kam, nachdem die Leopoldina dieser doch etwas merkwürdige Empfehlung abgegeben hat, dass von der anderen Seite dann kam, ja, jetzt macht die Kitas endlich auf. Und eigentlich nicht so richtig mitbedacht worden ist, was das dort auch für die Beschäftigten bedeutet.

Marco Herack:

Gestern hat die Kultusministerkonferenz getagt und es gab dort nichts zu Kitas, aber zu Schulen. Da wurde unter anderem dieses Thema Lehrerinnen und Lehrer mit Vorerkrankungen sollen nach Möglichkeit nicht in der Schule unterrichten. Wer infiziert ist oder Kontakt mit Infizierten hatte, darf keinen Präsenzunterricht geben. Da sehen wir schon, dass das in diese Richtung laufen wird, dann sicherlich auch für die Kitas. Aber wir sehen auch, dass das Personal, was zur Verfügung steht, tendenziell geringer sein wird, als das wir vor der Krise hatten.

Sebastian Dullien:

Ich finde, was wir hier auch sehen, ist, dass wir den öffentlichen Sektor echt auf Kante gefahren haben. Also das Problem, was wir jetzt haben, ist, die Schulgebäude waren ohnehin schon überlastet. Man hatte schon in vielen Bundesländern nicht genug Räume, Klassenräume. Die waren oft zu klein. Man hatte nicht genug Personal. Und jetzt merkt man, dass es vielleicht auch ganz gut ist, ein bisschen Reserve zu haben. Das haben wir bei den Krankenhäusern gemerkt. Aber das merkt man auch bei den Kitas und bei den Schulen. Also das reine Effizienzdenken ist für diesen sozialen Sektor, glaub ich, langfristig gesehen, ziemlich teuer für die Gesellschaft.

Johanna Wenckebach:

Da würde ich dir in jedem Fall zustimmen. Und das ist ja auch, finde ich, tatsächlich ein sehr wichtiger Aspekt dessen, was wir jetzt als Lehren aus der Krise diskutieren. Diese systemrelevanten Berufe, da gilt in der Pflege wie auch in dem Bildungssektor, das sind ganz überwiegend Tätigkeiten, die keine ausreichende finanzielle Anerkennung haben und wo auch Personalschlüssel sind, die die Arbeit einfach sehr, sehr belastend machen. Das ist oft gesetzlich reguliert, wie da besetzt wird und da gilt für die Arbeit in Erziehung, genauso wie auch im Pflegebereich, dass bereits vor der Krise eine ganz große Überlastung war. Und die nicht damit klar kamen in der Kita und Überstunden gemacht werden ohne Ende, wenn zum Beispiel eine Erzieherin, ein Erzieher krank wird. Oder einfach nur Urlaub nehmen will. Also schon vor dieser extremen Belastungssituation war das unheimlich schwierig. Und spitzt sich jetzt natürlich in der Krise noch mal extrem zu. Und ich finde es ganz wichtig, dass du gesagt hast, natürlich spielt der Gesundheitsschutz der Beschäftigten in diesen

Berufen eine Rolle. Ich will auch an dieser Stelle noch mal sagen, auch das sind Frauenberufe. In der Grundschule, in der Kita, Erzieherinnen, auch da gibt es dieses Problem, dass dringend finanziell aufgewertet werden muss. Und ich finde aber, dieser Aspekt von Sorgearbeit als Berufstätigkeit, aber auch den Blick auf Sorgearbeit zum Beispiel mit diesem lapidaren Nebensatz aus der Gesetzesbegründung, den Anspruch aus dem Infektionsschutzgesetz braucht nicht, wer im Homeoffice tätig ist, weil da kann man die Kinderbetreuung ja nebenher machen. Zeigt eben auch, dass auch der inhaltliche Stellenwert von fürsorgender Arbeit nicht richtig erkannt wird. Und das ist der dritte Aspekt, den ich mit einbringen würde in die Debatte, es geht einfach auch um eine Perspektive der Kinder, und darum, was brauchen Kinder, damit es ihnen gut geht. Und Kinder sind in dieser Krise in einer wirklich sehr schlimmen Situation. Damit meine ich nicht nur, was natürlich tatsächlich das Furchtbarste ist, diejenigen, die jetzt in Situationen häuslicher Gewalt sind, die nicht zu ihren Einrichtungen gehen, zu den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, wo sie sich im Grunde genommen vor Zuhause in Sicherheit bringen müssen. Auch in normalen Familien kommen die Kinder zu kurz ohne ihre sozialen Kontakte. Und es geht eben auch in der Kita nicht nur darum, Kinder irgendwie zu verwahren, sondern auch darum, sinnvolle Tätigkeiten, die sie bereichern und die wichtig für ihre Entwicklung sind, mit ihnen durchzuführen. Und das hängt ja zusammen mit der Frage von finanzieller Wertschätzung dieser Arbeit. Auch das ist bei denen, die jetzt gerade hier wichtige Entscheidungen treffen, meiner Ansicht nach zu wenig auf dem Schirm.

Marco Herack:

Weil wir da natürlich am Pudels Kern sind. Also wir sollen als Gesellschaft eine physische Distanzierung vornehmen. Wir sollen Abstand halten, uns nicht mehr in Gruppen zusammenrotten und das betrifft dann natürlich auch Kinder und Jugendliche in einem gewissen Maße. Also da weiß man dann gar nicht, wie man das lösen soll, außer eben genau so, dass man dann halt mehr Fläche zur Verfügung stellt, alle weiter auseinandersitzen. Oder habt ihr da andere Ideen?

Sebastian Dullien:

Ich glaub, das ist schon das, was man eben tun muss dann. Weil es ist unrealistisch, dass da Vierjährige einen Mundschutz die ganze Zeit tragen. Ganz abgesehen davon, dass sie damit nicht richtig umgehen können, was das Aufsetzen und Abnehmen angeht. Das muss man sich eben klarmachen. Aber man muss eben die Kosten und Nutzen dieser Maßnahmen richtig abwägen. Und das ist, glaub ich, insgesamt nicht richtig gut passiert. Also ich kann es nachvollziehen, dass man sagt, Schulen und Kitas, da sind Kinder eng aufeinander. Da ist ein Ansteckungsrisiko. Wir wissen jetzt nicht, wie infektiös Kinder eigentlich sind, wie gut sie das Virus weitergeben. Von daher sollte man vielleicht vorsichtig sein, zumal bei Grippewellen Schulschließungen immer sehr effektiv waren. Wenn man das sagt und gleichzeitig auch Großveranstaltungen zumacht und den Einzelhandel zuhat und so weiter, das kann ich sehr gut nachvollziehen. Aber es wird natürlich schon ein bisschen merk-

würdig, wenn ich anfangen, wie in Berlin zu sagen, na ja, die staatlichen Museen haben jetzt wieder auf. Und außerdem dürfen Gottesdienste gehalten werden. In Klammern, wir wissen aus Südkorea, dass diese Super-Spreader-Events wie Gottesdienste tatsächlich eins der wichtigsten Faktoren zur Verbreitung von Covid-19 sind, Klammer zu. Und dann sagt man eben, die Kitas bleiben aber zu. Und das ist schon, dann, an dem Punkt wird es so ein bisschen zum Hohn. Wenn man sich überlegt, was müsste man eigentlich tun bei dieser Öffnung. Wir haben dazu ja auch einen Policy Brief gemacht mit dem IMK, man muss eigentlich gucken, wo kann ich öffnen, wo relativ großer sozialer und wirtschaftlicher Schaden passiert und Infektionsrisiken niedrig sind. Also das muss man so ein bisschen abwägen. Und grad, wenn dieses Ziel ist, diese Reproduktionsrate auf 1 zu halten, dann kann man sich vielleicht nicht alles beim Öffnen erlauben, sondern eben bestimmte Dinge. Da schien es lange so, als würde diese Kita-Öffnung ganz am Ende stehen. Und wie gesagt, das ist wirklich absolut aus meiner Sicht unverständlich, dass ich die Museen hier geöffnet habe und die Kitas geschlossen. Weil auch die Museen in Berlin, wenn die voll sind, kommt man sich vielleicht doch mal näher. Und zudem sind die Museen, wo die Eltern ja zu Hause sind und auf die Kinder aufpassen müssen, sind voller Risikopersonen. Das ist schon etwas merkwürdig.

Johanna Wenckebach:

Auch die Gewerkschaften haben sich ja drüber Gedanken gemacht, wie können wir den Gesundheitsschutz der Beschäftigten in diesen Bereichen, den die Eltern und Familien und die Kinder jetzt eben wieder brauchen, sicherstellen. Und wenn man sich dann anschaut, dass da steht, bitte gebt die Kinder nicht krank in den Einrichtungen ab, was ja auch etwas ist, was sehr häufig gemacht wird. Und warum wird das gemacht? Find ich teilweise schlimm in der Debatte, wenn man sich anschaut, in den sozialen Medien, wenn dann Eltern ihre Stimme erheben und sagen, das ist total schwierig, jetzt gerade ohne fehlende Kinderbetreuung meinen Alltag als Berufstätige hinzubekommen. Und dann gesagt wird, ja, solltet ihr halt keine Kinder haben, wenn ihr keine Lust habt, sie zu betreuen. Das ist ein ziemlich ungerechtes Argument. Deswegen werden ja zum Beispiel kranke Kinder nicht in der Kita abgegeben, sondern weil Eltern in einer Zwangssituation sind, zu ihrer Arbeit zu müssen, weil sie negative Konsequenzen fürchten. Und das hat auch etwas mit unserer Arbeitskultur zu tun. Und ich finde es so wichtig an den Forderungen, die jetzt erhoben werden, da auf die familiären Bedürfnisse stärker einzugehen, total wichtig, dass ganz deutlich gemacht wird, es muss auch einen Anspruch geben, teilweise mich freistellen zu lassen. Und ich mein, du hast es schon gesagt, Marco, bis zu den Sommerferien wird es definitiv keinen normalen Schulbetrieb mehr geben. Es ist jetzt angedacht, nach der Kultusministerkonferenz, dass in Wechselmodellen stufenweise die unterschiedlichen Klassenstufen irgendwie wieder in die Schule kommen. Aber es ist völlig klar, das wird bis zum Sommer weitergehen. Da reichen die sechs Wochen nicht. Wenn dann aber Kinder teilweise wieder arbeiten (Hinweis der Redaktion: „zur Schule“) gehen, brauchen die Beschäftigten ja zum Beispiel ein An-

spruch dann eben auch, teilweise weniger zu arbeiten oder nicht zur Arbeit zu erscheinen. Und da fällt es eben dann wieder auf, dass im Arbeitsrecht bisher, es ist zuletzt eine Brückenteilzeit gemacht worden, die in der Situation aber gar nichts bringt, und zwar aus Gründen, die wir aus Arbeitnehmerinnensicht schon, als das Gesetz gemacht wurde, kritisiert haben. Den Anspruch haben nur Beschäftigte, und das ist ein jetzt Anspruch im Teilzeit- und Befristungsgesetz, auf diese sogenannte Brückenteilzeit, in Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten. Da fallen ganz, ganz viele Betriebe schon einmal raus. Und dann kann die Brückenteilzeit auch nur für mindestens ein Jahr genommen werden. Das heißt, um eine solche Situation zu überbrücken, ist der Anspruch gerade nicht geeignet. Und da muss jetzt wirklich dringend nachgelegt werden. Und es ist bedenklich, dass der Bundestag am 7. Mai zwar den Corona-Elterngeldantrag der Grünen behandelt, aber noch kein Vorschlag der Regierung vorliegt, wie auf diese wichtigen Forderungen jetzt eingegangen werden soll.

Sebastian Dullien:

Der Elterngeldvorschlag ist ja auch nicht ganz unproblematisch. Oder was heißt, unproblematisch ist vielleicht falsch ausgedrückt, aber der ist auch nicht, wenn man jetzt Corona-Elterngeld hätte, wären die Probleme ja auch nicht gelöst. Denn ich erinnere mich selber aus meinem Elterngeldantrag, erstens ist es ziemlich viel Papier. Und zweitens dauert es auch lange, bis das dann genehmigt wird. Und wenn ich mir jetzt die Verwaltungen angucken, da wüsste ich nicht, wie die das, die ja auch nicht besetzt sind, weil die Beschäftigten zu Hause in der Kinderbetreuung sind, da wüsste ich eben auch nicht, wie sie das jetzt vernünftig bearbeiten sollten. Also so richtig tolle Lösungen sind das alles nicht. Ich würde aber gern noch mal zwei Beobachtungen anfügen oder zwei Dinge sagen, also einmal, du hast ja schon gesagt, das wird jetzt wahrscheinlich auf so ein Wechselmodell hinauslaufen. Ich fand, ich glaub, das war ein Schreiben von der Berliner Bildungssenatorin, das fand ich sehr erhellend, da stand nämlich drin, unser Ziel ist, dass alle Kinder vor den Ferien noch einmal zur Schule gehen können. Ja, also das heißt, vielleicht nur einmal zur Schule gehen können. Weil man kann sich das jetzt ausrechnen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, wir haben noch sieben Wochen Schule. Da ist wahnsinnig viel auch durch die Abiturprüfungen abgedeckt. Also diese Abiturprüfungen, die fressen einfach wahnsinnig Kapazitäten. Erstens müssen die Räume so sein, dass man Abstand hat. Zweitens haben Schülerinnen und Schüler mit Vorerkrankungen das Recht auf eine Einzelprüfung. Dann fällt das Personal weg, was selber Risikogruppe ist. Dann braucht man eben entsprechend Räume. Und das heißt, durch diese Prüfungen entfällt halt die Möglichkeit für alle anderen, Unterricht zu haben. Man muss dann dazu auch sagen, die Lehrerinnen und Lehrer können ja auch nicht Online-Unterricht vorbereiten, während sie Klausuraufsicht machen. Also da fällt wirklich total Bildung weg. Wer sich das ausgedacht hat, das ist mir wirklich ein absolutes Rätsel. Und noch eine andere Beobachtung, was vielleicht positiv an dieser Krise ist, ich glaub, das zeigt ein bisschen, wie sich gesellschaftliche Einstellung zu frühkindlicher Bildung verändert hat. Meine große Tochter ist jetzt elf. Und ich erinnere mich, als sie

mit einem halben Jahr in die Kita kam, zu der Zeit gab es noch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Leitartikel, wo drin stand, es ist noch nicht erwiesen, dass eine Betreuung durch fremde Personen für Kinder unter drei keine bleibenden Schäden hinterlässt. Das hat sich ja total geändert. Das liest man jetzt bei der „FAZ“ nicht mehr, sondern selbst in der „FAZ“ liest man heute, dass das ein Problem ist, dass die Kinderbetreuung wegfällt. Da würde ich sagen, das ist schon wenigstens so, wenn man schon diese schlimme Situation hat, ist das ein positiver Aspekt, den man daraus ziehen kann.

Marco Herack:

Johanna, eine Sache, die mich so ein bisschen umtreibt bei dem ganzen Thema, ist ja eigentlich mehr so die Zukunft. Weil wir wissen ja jetzt, also dieses Virus, das bleibt uns jetzt eine Weile erhalten. Irgendwann nächstes Jahr wird es dann ein Impfmittel geben und dann kommen wir wieder in einen Bereich rein, wo Normalität einkehren kann. Wir müssen also immer wieder damit rechnen, dass es Ausfälle geben wird. Ob die nun per Hotspot auftreten oder deutschlandweit, sei mal dahingestellt. Das heißt doch, eigentlich müsste man sich jetzt politisch darüber Gedanken machen, wenn es jetzt so bleibt, eine Weile, dass man das ja trotzdem irgendwie regeln muss, dass die Bildung sichergestellt ist. Dass Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder entweder zu betreuen oder eben Betreuungspersonal, wie auch immer das dann geregelt ist, zur Verfügung steht. Und dass auch so eine Art Vorwärtsstrategie endlich mal entwickelt wird. Aber da sieht man überhaupt nichts am Horizont. Das sind alles Sachen, die darauf referieren, wie war es einmal und wie kriegen wir es hin, dass es wieder so ist, wie es mal war.

Johanna Wenckebach:

Ja, leider ist das der Fall, dass eine längerfristige Perspektive da fehlt. Ich stimme Sebastian zu, in dem, was er gesagt hat, was einfach dieser Nachteil des Elterngeldvorschlags ist. Vor allen Dingen, wenn man ins Elterngeldgesetz reinschaut, wo ja auch der Anspruch auf Elternteilzeit zum Beispiel geregelt ist, der kann auch abgelehnt werden aus dringenden betrieblichen Gründen. In Zeit der Krise, wo diejenigen, die wieder arbeiten sollen, dringend gebraucht werden, ist das natürlich ganz schwierig, wie damit umgegangen werden soll. Ob es politische Mehrheiten gibt, einen Anspruch zu schaffen, der sozusagen einfach durchgeht, ohne Ablehnungsmöglichkeit des Arbeitgebers, das sehe ich nicht, dass das kommt. Das heißt, man muss sich ganz genau anschauen, wie schafft man das, die Ansprüche so auszugestalten, dass sie auch effektiv, wenn die Beschäftigten es brauchen aufgrund ihrer familiären Situation, auch in Anspruch nehmen können. Und ich sag noch mal, familiäre Situation ist eben nicht nur die Betreuung von Kindern, sondern auch die Pflege von Angehörigen. Auch dieses Thema wird sich ja zuspitzen. Und auch dieses Thema wird sich für einen langen Zeitraum, genau, wie du gesagt hast, Marco, nicht erledigen. Und deswegen muss darüber nachgedacht werden, wer weiß, wie es nach den Sommerferien weitergeht? Also ich mein, im Stoff ist angekündigt für

Anfang nächsten Jahres, ich sehe jetzt überhaupt nicht so sehr, wie nach den Sommerferien eine andere Situation gegeben sein soll als zum jetzigen Zeitpunkt. Denn ich mein, das Thema Durchseuchung wird sich ja zu diesem Zeitpunkt noch keinesfalls irgendwie erfüllt haben oder ermöglicht haben. Und deswegen stimme ich dir zu, wir brauchen längerfristige Lösungen. Und was ich total wichtig fände an diesen längerfristigen Lösungen, ist, dass aufgegriffen wird, der Vorschlag kam vom WZB, und das finde ich richtig, wenn über diese Lösungen nachgedacht wird, darüber nachzudenken, wie sich das auf Geschlechterverhältnisse auswirkt und wie die langfristigen wirtschaftlichen Folgen für Frauen und Männer sind. Und diese Logik, die bei dem Vorschlag der Leopoldina so mitgeschwungen hat, eine Journalistin hat geschrieben: „Mama macht das schon“. Also diesen Automatismus, dass im Privaten Sorgearbeit übernommen und geregelt wird, und dass es sozusagen keine öffentliche Aufgabe ist, für die Steuerzahler auch mit Verantwortung übernehmen müssen, für die Arbeitgeber auch mit Verantwortung übernehmen müssen, das ist etwas, was sich dringend ändern muss. Und dann macht es zum Beispiel Sinn, und das ist etwas, was ich gut finde an diesem Vorschlag, für diese Elternunterstützung, ob man es jetzt Corona-Elterngeld nennt oder Familiensoforthilfe, wie der DGB es nennt, finde ich nicht so wichtig, aber eben darauf zu achten, dass man Anreize setzt, dass das in den Paarhaushalten gleich aufgeteilt wird. Denn in jedem Fall wird es so sein, dass wirtschaftliche Nachteile damit verbunden sind, verstärkt die fehlende öffentliche Betreuung im Privaten abzufedern. Und zwar langfristige wirtschaftliche Folgen, damit meine ich Rente, damit meine ich die berufliche Weiterentwicklung. Und wir reden eben nicht nur über den Zeitraum, der sich am Anfang geöffnet hat, von wir machen Lockdown im März und nach Ostern schauen wir weiter, sondern wir reden über ein Jahr. Und die Frage, wie es auch danach dann wieder anläuft. Und eine Kritik, die es zum Beispiel an dem Vorschlag vom Corona-Elterngeld gibt, ist, dass gesagt wird, das ist eine Herdprämie. Also in der Neuauflage. Das heißt, es macht schon Sinn, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die beruflich mit den wirtschaftlichen Folgen zurücktreten, um eben die fehlende öffentliche Kinderbetreuung abzufedern, dass das nicht nur die Frauen sind nach Möglichkeit. So ist aber bisher die Datenlage leider, dass die zusätzlich zu dem Gap, der da eh schon besteht bei der Übernahme dieser Aufgabe, jetzt in der Krise noch mehr oben drauf nehmen.

Sebastian Dullien:

Ich würde gern noch mal drauf hinweisen, das ist alles richtig, was Johanna sagt, dass es aber auch wirtschaftliche Gründe gibt, warum jetzt vor allem die Frauen zu Hause bleiben. Und das ist halt, was wir an anderer Stelle auch beklagt haben, das ist der Gender Pay Gap. Also für viele Familien, wenn da die Wahl ist, ob jemand zu Hause bleibt, der ein bisschen weniger verdient oder jemand zu Hause bleibt, der mehr verdient, dadurch, dass da ja eben Einkommen wegfällt, da macht es sehr viel Sinn, dass derjenige oder diejenige zu Hause bleibt, die eben weniger verdient. Und das heißt, die Sachen hängen schon so zusammen. Das ist schon schwierig. Und da muss man eben auch gucken, dass man diese zu Grunde liegenden Ursachen

angeht. Es hat nicht nur soziologische Gründe, dass die Frauen vor allem zu Hause bleiben, sondern es hat auch damit zu tun, dass sie zurzeit einfach unterbezahlt werden in vielen Bereichen oder schlechter bezahlt werden als Männer für ähnliche Tätigkeiten.

Marco Herack:

Also dass die wirtschaftlichen Anreize, die ohnehin schon fehlgeleitet waren, jetzt wieder zu dieser Retraditionalisierung mit beitragen?

Sebastian Dullien:

Es ist ein empirischer Fakt, dass aufgrund von Historie, Diskriminierung und so weiter die Frauen weniger verdienen als die Männer. Oft für die gleichen Tätigkeiten. Und dann kommt dazu, dass wir Berufswahl haben, dass Frauen stärker in Berufe gehen, die schlechter bezahlt werden. Und wenn man das in der Summe nimmt, dann ist es eben oft so, dass die Frauen beim Elternpaar weniger verdienen als die Männer. Und dann eben, um das Familieneinkommen hochzuhalten, zu sichern, dann eben zu Hause bleiben. Man muss dazu ja sagen, Familie sind schon die, die auch tendenziell, wenn man jetzt auf Pro-Kopf-Einkommen, die man so ein bisschen gewichtet, runterrechnet, dann sind eigentlich Familien die, die tendenziell am meisten finanzielle Probleme in Deutschland haben.

Johanna Wenckebach:

Finde ich total wichtig und richtig, was du sagst, Sebastian, das ist ein wesentlicher Aspekt. Und noch mal zurückkommend auf Marcos Frage von, wie geht's eigentlich auch mit einer längeren Perspektive weiter, gehört das definitiv auch zu den Lehren aus der Krise, aus der noch mal Konsequenzen gezogen werden müssen in der Zukunft. Insofern, wenn man etwas positiv findet an der Situation, dann kann man ja sagen, dass noch mal sehr deutlich wird jetzt, wie da die Aufgaben verteilt sind, wer macht bezahlte Arbeit, wer macht unbezahlte Arbeit. Und was für Konsequenzen sind daran geknüpft und welche Möglichkeiten gibt es, das zu vereinbaren miteinander? Und ich will schon gerne noch mal darauf zurückkommen, dass etwas, was wirklich ganz dringend auch geändert werden muss, ist, dass der Anschein erweckt wird, in dem Infektionsschutzgesetz und die Frage, wer kann das in Anspruch nehmen, als sei eben Kinderbetreuung so nebenbei im Homeoffice zu erledigen. Da wäre es schon ganz wichtig, klar zu stellen, das ist anstrengende Arbeit, die nicht einfach so neben anderen Tätigkeiten nebenherläuft. Und davon auszugehen, dass Kinder unter zehn Jahren einfach so neben einer Erwerbstätigkeit zu Hause mitgemacht werden, ist doch ein sehr unrealistisches Bild. Das ist gut, dass die Gesellschaft jetzt darüber redet. Aber es muss eben angepackt werden, dass jetzt für die eine Lösung gefunden wird, die das betrifft. Ich habe grad noch mal nachgeschaut, in der Gesetzesbegründung bezieht sich der Gesetzgeber auf die Zahlen vom Mikrozensus, und geht davon aus, dass von dieser Entschädigungsregelung 3,9 Millionen Erwerbstätige erfasst sind. Also diejenigen, die Kinder unter, also das ist ja jetzt vom Alter her begrenzt, der Anspruch, also diejenigen Erwerbstätigen, die Kinder

unter zwölf Jahren haben, und das ist doch eine sehr große Zahl von Menschen, über die wir hier reden.

Marco Herack:

Und wenn die dann natürlich noch besonders wenig Geld zur Verfügung haben, in Relation zu den anderen, dann sind die Anreize da ja ganz klar gesetzt, wie Sebastian ja auch eben ganz gut ausgeführt hat. Wir sind jetzt nahe dem Ende. Ich würde trotzdem noch mal gern die Frage direkt stellen an euch beide, wo seht ihr denn, wo es in der Zukunft hinmuss? Also was wären so ganz konkrete Sachen, die wir jetzt auch auf Sicht von sechs bis neun Monaten oder länger bräuchten?

Sebastian Dullien:

Es sind zwei Sachen. Das geht noch mal darauf zurück, was Johanna am Anfang gesagt hat, die Politik denkt bei den ganzen Rettungsmaßnahmen die Familien eigentlich nicht mit. Und daran sollte sich jetzt was ändern in der nächsten Phase, also sowohl, wenn diese Kontaktbeschränkungen länger sind, und wir da längerfristige Einschränkungen der Kinderbetreuung haben, als auch, wenn es darum geht, wie ich die Konjunktur wieder ankurbeln kann. Ich hatte da auch Diskussionen mit Ökonomen-Kollegen drüber. Es gibt wahnsinnig viele, die sagen jetzt, ja, lasst uns doch zur Konjunkturstabilisierung die zweite Stufe des Solidaritätszuschlages sofort abschaffen. Also das ist eine Forderung, Solidaritätszuschlag, der soll ja für 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nächstes Jahr fallen. Und die ganz Reichen zahlen danach noch weiter. Das kostet so ungefähr, also dieser letzte Teil, der bringt dem Staat noch etwas weniger als 10 Milliarden pro Jahr. Es hat aber keiner jemals gefordert, warum machen wir nicht ein Sonderkindergeld.

Das könnte man super leicht ausschütten. Das würde die Familien jetzt ein bisschen unterstützen. Würde natürlich jetzt nicht den Stress wegnehmen, aber würde denen vielleicht auch einfach die Mittel geben, einen neuen Laptop zu kaufen, wenn jetzt ein Kind die ganze Zeit zu Hause E-Learning machen soll. 500 Euro pro Kind in Deutschland, das wäre immer noch billiger, als den Solidaritätszuschlag ganz abzuschaffen und das pro Jahr, und das jetzt vorzuziehen. Also über so was redet überhaupt keiner. Dann wird gesagt, na ja, da sind ja auch Grundsicherungsempfänger bei und dann müsste man das da wieder abziehen. Muss man ja gar nicht. Kann man denen ja auch lassen. Und eine Möglichkeit wäre ja, wo man auch drüber nachdenken kann, ob man nicht private Kinderbetreuung subventioniert. Wenn die Kita zuhat, dass dann eben sich die Eltern zusammentun können und privat jemanden einstellen können. Das ist natürlich auf jeden Fall nicht die Qualität, die in der Kita stattfindet, aber grad bei kleinen Kindern, wenn jemand im Homeoffice arbeitet und im Nachbarzimmer jemand mit den Kindern spielt, das kann schon eine massive Entlastung sein.

Und so was könnte man hier auch subventionieren oder sogar bezahlen. Ich erinnere nur mal daran, wir haben wahrscheinlich absehbar sehr viel Kurzarbeiterinnen

und Kurzarbeiter, die sich ja auch Geld dazu verdienen dürfen. Aber über so was ist überhaupt gar nicht geredet worden. Und das würde ich mir wünschen, dass das in den nächsten Monaten zur Konjunkturstabilisierung dann auch passiert.

Johanna Wenckebach:

Für mich steht dieses ganze Gespräch, was wir hier geführt haben und auch die Aufforderung an die Politik, unter der Überschrift „Sorgearbeit aufwerten“. Ich finde, das ist das, was wir jetzt diskutieren. Da geht's einmal um die Sorgearbeit als Beruf. Dieser Podcast heißt zurecht „Systemrelevant“. Und Erziehung als Arbeit ist systemrelevant. Und zwar sowohl dort, wo sie professionell gemacht wird, als auch dort, wo sie privat gemacht wird. Und Sorgearbeit aufzuwerten hat einen finanziellen Aspekt in beiden Bereichen. Und für diejenigen, die eben privat Sorgearbeit auszuüben haben, geht's auch darum, sie zu ermöglichen neben einer Erwerbstätigkeit. Und ich habe mich viele, viele Jahre damit beschäftigt, dass da arbeitsrechtlich noch so viel getan werden muss, was die Möglichkeit angeht, die Lage der Arbeitszeit zu beeinflussen, was die Möglichkeit angeht, flexible Arbeitszeitmodelle zu wählen.

Es gibt dort tarifgebundene Betriebe mit hoher Mitbestimmung, wo es tolle vorbildliche Lösungen dafür gibt, was selbst in Schichtarbeit in Industriebetrieben alles möglich ist. Aber da muss einfach viel mehr noch kommen, um den Beschäftigten da Ansprüche zu ermöglichen, deren Inanspruchnahme dann auch nicht zu Nachteilen führt. Und da haben wir noch einen sehr weiten Weg zu gehen, aber es liegen schon sehr viele konkrete Vorschläge gerade für das Arbeitsrecht auf dem Tisch, was man da unternehmen könnte, um eben die Vereinbarkeit zu verbessern. Und das muss jetzt anfangen für die Situation der Krise. Aber es braucht auch, erst mal, weil die Krise überhaupt nicht in kurzer Zeit überwunden sein wird, aber auch danach hat sich das Thema keinesfalls erledigt aus meiner Sicht.

Marco Herack:

Dann bedanke ich mich recht herzlich bei Johanna Wenckebach und bei dir Sebastian, dafür, dass ihr euch die Zeit genommen habt und uns hier ein paar sehr interessante Ausführungen zu dem Thema gegeben habt, weil ich glaube, dieser Gesamtbereich, der wird uns die nächsten Monate, wenn er uns nicht auf die Füße fällt, dann doch sehr stark beschäftigen. Und ich glaube, an der aktuellen Diskussion, die gerade so aufplopt, sieht man schon auch die Wucht, die da dahintersteht. Ja, also vielen Dank euch beiden.

Sebastian Dullien:

Danke Marco, danke Johanna. Und bis bald. Tschüss.

Johanna Wenckebach:

Ja, ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich bedanke mich auch. Tschüss.

Marco Herack:

Und ihr, liebe Hörerinnen und Hörer, könnt, wenn ihr denn möchtet, diesen Podcast gerne in den sozialen Netzwerken verteilen. Und wenn ihr Anmerkungen habt an uns, also könnt ihr die nicht nur in die sozialen Netzwerke schreiben, sondern auch an unsere E-Mail-Adresse: systemrelevant@boeckler.de. Ansonsten freuen wir uns natürlich auch über die Bewertungen in den Podcatchern eurer Wahl. Vielen Dank und bis bald.